70173 STUTTGART

Haus der Abgeordneten

Konrad-Adenauer-Str. 12

Telefon (0711) 2063-626

Telefax (0711) 2063-660

reinhold.pix@gruene.landtag-bw.de
www.reinhold-pix.de

79115 FREIBURG

Haslacherstr. 61

Telefon (0761) 7 11 54

Telefax (0761) 7 11 59

buero@reinhold-pix.de

Freiburg, den 12.07.2012



Reinhold Pix
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

 Reinhold Pix MdL, Haslacherstr. 61, 79115 FR

Frau

Gerda Stuchlik

Bürgermeisterin

Dezernat II

Rathausplatz 2 - 4

79098 Freiburg

**Problematik Altlastensanierung Stolberg-Areal / Neuhäuser**

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin Stuchlik,

besorgt beobachte ich die hochbrandenden Diskussionen um die geplante Altlastensanierung Neuhäuser Kappel. Ich habe Rücksprache mit Regierungspräsidentin Schäfer, Umweltministerium und Fraktion gehalten und bin durchaus überzeugt, dass hier im Vorfeld eine sehr fundierte und umfassende Planung gemacht wurde.

Dennoch glaube ich, dass die Planung rein der technischen Seite der Altlastensanierung allein nicht ausreicht, um den erheblichen Ängsten und Vorbehalten zahlreicher besorgter Bürgerinnen und Bürger zu begegnen.

Die gerade abgesagte Bürgeranhörung sowie zahlreiche Zuschriften, Leserbriefe und die Gründung der IG zeigen, dass sich hier viele Menschen Gedanken um die geplante Maßnahme machen und neben der Frage der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit auch Fragen der Gesundheitsgefährdung und langfristigen Absicherung der Altlasten erwogen werden. Angesichts der erheblichen Schadstoffbelastung und der Gefährdung von Luft, Boden und Grundwasser sind hier elementare und noch auf lange Jahre wirkende Probleme, die aufgearbeitet werden müssen.

Diese Fragen sind natürlich ernst zu nehmen und die häufig sachkompetenten und fachkundigen Bürgerinnen und Bürger sollten adäquat eingebunden werden. Daher schlage ich vor, vergleichbar ähnlicher Prozesse im Südschwarzwald (Atdorf) das Anhörungsverfahren auszuweiten und vor Abschluss der Planung noch ein qualifiziertes Moderationsverfahren unter Einbeziehung einer neutralen Moderation anzubieten.

Hier könnte in einem zeitlich überschaubaren Prozess eine sachliche Konflikterörterung vorgenommen werden, strittige Punkte aufgearbeitet und ein gemeinsames akzeptiertes Ergebnis erreicht werden. Im Rahmen der Politik des Gehörtwerdens sollten solche Moderationsprozesse auch ohne rechtliche Verpflichtung grundsätzlich bei Projekten dieses Ausmaßes angewandt werden und Teil des Verfahrens sein. Die Anhörung im Rahmen des üblichen Planverfahrens ist –das zeigen die bekannten Großprojekte der letzten Zeit im Land – nicht mehr ausreichend.

Daher bitte ich um Prüfung des vorgeschlagenen Verfahrens und sehe Ihrer Stellungnahme entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Reinhold Pix)